



| Vorstand



IGMigration

RESSORT MIGRATION

Gemeinsam für ein gutes Leben!

- **Wir stehen vor der Wahl: Das Wahljahr 2009**
- **Aktiv werden gegen Rechts!**
- **Politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten**
- **Gib uns Deine Stimme! – Kampagne für ein gutes Leben**



Merhaba
 Hello Buon giorno καλημερα
 Buenos días Guten Tag Bonjour
 Bom dia Dobar dan Здравствуйте!

Willkommen zur neuesten Ausgabe von IGMigration!

Im Wahljahr 2009 werden rechtsextreme Parteien verstärkt versuchen, die soziale Frage für ihre Ziele zu nutzen. In Zeiten, in denen aufgrund der globalen Finanzkrise und ihrer Folgen die Ängste der Menschen wachsen, locken sie mit einfachen Parolen gegen Globalisierung und Rückbesinnung auf den Nationalstaat. Die Rede Udo Pastörs, NPD-Fraktionsvorsitzender im Schweriner Landtag, gegen eine „Judenrepublik“, ist dabei einfach zu durchschauen. Allerdings wird meist weitaus unterschwelliger vorgegangen und erst auf den zweiten Blick sichtbar, was sich hinter den scheinbar ‚sozialen‘ Parolen verbirgt. Gerade angesichts der Krise wird es immer wichtiger, verdeckte Demagogie aufzudecken und zu entlarven.

Schon jetzt ist zu beobachten, dass Menschen mit Migrationshintergrund besonders stark von der Krise betroffen sind. Sie arbeiten überdurchschnittlich oft in Bereichen, die von der Krise und Arbeitsplatzverlusten besonders betroffen sind. Wo Arbeitsplätze in Gefahr sind und Arbeitslosigkeit entsteht, müssen neue Perspektiven der Wirtschaftslenkung und Wirtschaftsdemokratie eng verzahnt mit nachhaltigen Unternehmenskonzepten geschaffen werden. Es kann nicht angehen, dass die Krise allein auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgetragen wird.

Die Losung der IG Metall, keine Entlassungen in 2009, muss glaubwürdig bleiben. Deshalb haben wir die Kampagne „Gemeinsam für ein gutes Leben“ gestartet. Mit unserem Aktionsplan „Aktiv aus der Krise“ haben wir Wege zur Überwindung aufgezeigt. Die Kernelemente sind ein Zukunftsfond und die damit verbundene Zukunftsanleihe der Vermögenden. Für uns muss eine Politik der Krisenbewältigung immer die Gerechtigkeit und Würde des Einzelnen im Blick haben. Dazu gehört es auch, die Vorstellungen der Wählerinnen und Wähler einzubeziehen. Die IG Metall fordert ihre Mitglieder auf, ihre Vorstellungen von einem guten Leben offensiv zu formulieren und mit der Beteiligung an den Wahlen die Politik anzuhalten, sie umzusetzen.

Wolfgang Rhode
 Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

impresum

Herausgeber: Wolfgang Rhode, IG Metall Vorstand, Frankfurt a. M.

Wilhelm-Leuschner-Str. 79, 60329 Frankfurt am Main, Tel.: 069-6693-2524, E-Mail: igm-migration@igmetall.de

Redaktion: DGB Bildungswerk, Bereich Migration & Qualifizierung, Düsseldorf

Konzept und Gestaltung: kus-design, Mannheim; Maria Peitz, IG Metall Vorstand // Druck: alpha print medien AG, Darmstadt

Titelfoto: Werner Bachmeier, Ebersberg,



news-ticker

++ AUSLÄNDISCHE ARBEITNEHMER/INNEN VON DER KRISE ALS ERSTES BETROFFEN - ÜBERALL IN DER EU SCHEINEN DIE AUSLÄNDISCHEN ARBEITNEHMER ALS ERSTE VON STELLENKÜRZUNGEN IM ZUGE DER WIRTSCHAFTSKRISE BETROFFEN ZU SEIN, MELDET DIE UNABHÄNGIGE INTERNETSEITE EURACTIVE. DIE BRITISCHE REGIERUNG HAT RICHTLINIEN FÜR ARBEITGEBER, DIE SICH UM ÖFFENTLICHE AUFTRÄGE BEWERBEN, ERLASSEN, SICH IHRER „SOZIALEN VERANTWORTUNG“ BEWUSST ZU SEIN UND MÖGLICHSIT VIELE BRITISCHE ANGESTELLTE ZU BESCHÄFTIGEN. DIE TSCHECHISCHE REGIERUNG STELLT ARBEITSLOS GEWORDENEN AUSLÄNDISCHEN ARBEITNEHMERN FÜR DIE FREIWILLIGE RÜCKKEHR IN IHRE HERKUNFTSLÄNDER KOSTENLOSE FLUGTICKETS UND EINE PRÄMIE IN AUSSICHT. IN BRÜSSEL HATTE DIESE INITIATIVE SCHARFE KRITIK AUSGELÖST.

++ QUALIFIKATIONEN VON MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN NUTZEN - BEI DER VORSTELLUNG DES „7. BERICHTS ÜBER DIE LAGE DER AUSLÄNDER“ ANFANG MÄRZ HAT DIE INTEGRATIONSBEAUFTRAGTE DER BUNDESREGIERUNG, MARIA BÖHMER, DAZU AUFGERUFEN, VERSTÄRKT DIE QUALIFIKATIONEN VON MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN ZU NUTZEN. BEREITS IM FEBRUAR HATTE SIE GEMEINSAM MIT DEM VORSTAND DER BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT, HEINRICH ALT, ANGEKÜNDIGT, DIE ANERKENNUNG IM AUSLAND ERWORBENER QUALIFIKATIONEN ZU VEREINFACHEN. **++ STARTSCHUSS FÜR BERUFSBEZOGENE SPRACHKURSE** - 330 MILLIONEN EURO FÖRDERMITTEL AUS DEM EUROPÄISCHEN SOZIALFONDS WERDEN ZUR VERFÜGUNG GESTELLT, UM BUNDESWEIT KURSE FÜR EINE BERUFSBEZOGENE SPRACHFÖRDERUNG ANZUBIETEN, SO DAS BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE IM FEBRUAR. DIE KURSE UMFASSEN BERUFSBEZOGENEN SPRACHUNTERRICHT, QUALIFIZIERUNG MIT THEORETISCHEM UNTERRICHT, PRAKTIKUM UND BERUFSBESICHTIGUNGEN.

inhalt

- 4 **WIR STEHEN VOR DER WAHL
CHANCE UND HERAUSFORDERUNG...**
- 7 **KOMMENTAR DR. DIETER FILSINGER:
POLITISCHE PARTIZIPATION VON
MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN**
- 8 **DEIN RECHT**
- 9 **AKTIV WERDEN GEGEN RECHTS!**
- 12 **GIB UNS DEINE STIMME -
KAMPAGNE FÜR EIN GUTES LEBEN**
- 14 **MARKTPLATZ**
- 16 **ZU GUTER LETZT**





Wir stehen vor der Wahl

Foto: Werner Bachmeier

Chance und Herausforderung im Wahljahr 2009: Migrations- und Integrationspolitik

Im Januar startete das Wahljahr 2009 mit der vorgezogenen Landtagswahl in Hessen. Im Mai erfolgt die Wahl des Bundespräsidenten, Kommunal-, Regional- und Landtagswahlen schließen an, bis im Juni die Europawahl an die Urnen ruft und im September die Bundestagswahl ansteht. Viele Termine, die über zukünftige Entwicklungen auch zum Thema Migration und Integration entscheiden. Das Wahljahr bietet damit Chancen und Herausforderungen gleichermaßen.

Noch sind die Wahlprogramme der einzelnen Parteien nicht veröffentlicht, aber Migrations- und Integrationspolitik ist ein wichtiges Element. „Die weltweite Krise des Finanzmarktsystems und die globale Wirtschaftskrise werden viele andere Fragen im Wahljahr 2009 überdecken“, gibt Volker Roßocha, Leiter des Bereichs Migrations- und Antirassismopolitik beim DGB-Bundesvorstand, zu bedenken. Gleichwohl werde auch die Integrationspolitik eine Rolle spielen. Unterschiedliche Auffassungen bestünden beispielsweise bei der Bewertung der Einbürgerung im Integra-

tionsprozess. „Die Einbürgerung darf nach Auffassung der CDU/CSU erst am Ende einer gelungenen Integration erfolgen. Für die Gewerkschaften dagegen ist die Einbürgerung Baustein eines Integrationsprozesses“. Ähnlich sieht es auch Petra Wlecklik vom Ressort Migration beim IG Metall Vorstand: „Sicherlich können kleinere Themen von der Krise überlagert werden. Aber Migration und Integration sind immer Querschnittsthemen und sie werden auch im Rahmen der Krise angesprochen werden müssen. Wir können jetzt schon in den europäischen Ländern zunehmend Abschot-

tungstendenzen gegen ehemals willkommene ausländische Arbeitnehmende erkennen. In Großbritannien gab es bereits Streiks gegen italienische und portugiesische Arbeiternehmer und Arbeitnehmerinnen. Nach heutigen Schätzungen wollen bereits 700 000 der etwa zwei Millionen emigrierten Polen ihre Koffer packen und in andere Länder gehen.“ Sie befürchtet, dass es auch in Betrieben in Deutschland zu einem solchen Gegeneinander-Ausspielen von Kolleginnen und Kollegen kommen kann. „Und dennoch: Migration und Integration müssen Thema bleiben, unab-



titelthema

hängig von der Krise. Wir können noch nicht abschätzen, wie sie ausgeht. Aber wir können mit viel Nachdruck dafür sorgen, dass Kollegen und Kolleginnen aller Nationalitäten gleichberechtigt behandelt werden. Wir müssen Migration und Integration gestalten – trotz oder mit der Krise.“ Gerade deshalb findet sie es wichtig, dass sich viele Kolleginnen und Kollegen an den Wahlen beteiligen.

Vor allem die Europawahlen haben aber mit einer geringen Beteiligung zu kämpfen. Nach einer Umfrage der Europäischen Union (EU) nimmt das Vertrauen in das Europaparlament weiter ab. Über 54 Prozent der Befragten gaben an, nicht an der nächsten Europawahl interessiert zu sein. Und das, obwohl 59 Prozent die Rolle des Europäischen Parlaments innerhalb der EU als sehr wichtig einstufen. „Die Europawahl ist sehr wichtig“, unterstreicht auch Volker Roßbach. „Man muss sich nur mal überlegen: In vielen Lebensbereichen hat die EU eine Gesetzgebungskompetenz. Da die EU eine immer stärkere Bedeutung für die nationale Gesetzgebung hat – wie beim Gleichbehandlungsgesetz – gilt es sowohl auf europäischer Ebene Einfluss zu gewinnen. aber auch deutlich zu machen, dass es die nationalen Regierungen sind, die im Europäischen Rat die Gesetze beschließen.“ Für uns als

Gewerkschaften sei es wichtig, dass sich in Deutschland lebende Bürger anderer EU-Staaten entweder im Herkunftsland an den Wahlen beteiligen oder aber an ihrem Wohnort in Deutschland wählen gehen. “In verschiedenen europäischen Sprachen werden wir daher zur Wahl aufrufen“, betont er. „Auch bei der Wahl zum Europäischen Parlament gilt: Rechtsextreme Populisten dürfen nicht wieder ins Parlament. Sie setzen auf Nationalismus und Rassismus und bekämpfen die kulturelle Vielfalt. Zur Unterstützung planen wir derzeit eine Kurzinformation, die auch in verschiedenen Sprachen erscheinen soll, wie nichtdeutsche Unionsbürger in Deutschland ihre Stimme abgegeben können.“ Er betont, dass es eine europäische Politik im Europaparlament gibt und nationale Problemlagen nicht auf die EU übertragen werden sollen. „Es wäre natürlich wichtig im Sinne einer aktiv gestaltenden Migrations- und Integrationspolitik, dass dort Menschen gewählt werden, die der kulturellen Vielfalt offen gegenüber stehen und nicht Rechtsextreme an die Macht gelangen,“ fügt er hinzu. Auch Petra Wlecklik sieht die Gestaltungsmöglichkei-

ten in Europa im Vordergrund. „Es ist wichtig, dass alle wählen. Das verstehe ich unter Demokratie. Es geht darum, für ein soziales Europa und nicht für ein Europa, das marktradikal ist, zu streiten.

Allerdings steht das aktive und passive Wahlrecht nicht allen in Deutschland lebenden Personen zu. Drittstaatsangehörige sind von der Europawahl ausgeschlossen. „Es ist ein Unding, dass so viele Menschen, die seit langem in Deutschland und



Europa leben, sich nicht an den Wahlen beteiligen können. Die IG Metall tritt deswegen schon seit langem dafür ein, dass sich Drittstaatsangehörige mit einem Daueraufenthaltsstatus an den europäischen Wahlen beteiligen können. Das gleiche gilt für das kommunale Wahlrecht“, erklärt Petra Wlecklik. Es sei eine Frage der politischen Partizipationsmöglichkeit. „Die Menschen leben hier, haben aber nicht die Möglichkeit, die Politik des



Landes zu gestalten. Das ist auch eine Frage, wie hier mit Menschen umgegangen wird, welche Chancen ihnen zugestanden werden und ob man sie beteiligen möchte oder nicht.“

Wie erfolgreich gleichberechtigte Beteiligung sein kann, zeigt sich in den Erfahrungen der Mitbestimmung. „In den Gewerkschaften wird die gleichberechtigte politische Teilhabe seit langem gelebt. Schon vor über dreißig Jahren, 1972, wurde im Betriebsverfassungsgesetz das aktive und passive Wahlrecht für ausländische Kolleginnen und Kollegen verankert“, erläutert Volker Roßocha, „Wir haben damit sehr gute Erfahrungen gemacht. Gewerkschaften schauen bei ihrer Mitgliedschaft weder auf Aufenthaltsstatus noch auf Staatsangehörigkeit. Insofern hat sich die demokratische Struktur in den Gewerkschaften anders entwickelt als beispielsweise bei den Parlamentswahlen.“ Er betont: „Migrantinnen und Migranten werden nicht nur von Ausländern und Ausländerinnen in den Betrieben als Betriebsräte gewählt, sondern von allen Beschäftigten.“ Dennoch gelte es, den Anteil der ausländischen Staatsangehörigen an den Betriebsräten noch weiter zu erhöhen, fordert er. Aber auch auf betrieblicher Ebene ist das Thema wichtig.

Es bleibt zu befürchten, dass die gegenwärtige Krise von rechten Parteien als Ausgangspunkt genommen wird, um in ihrem Rückenwind soziale The-

men zu besetzen und nationale Ideen zu verbreiten. Ein Ansatzpunkt der IG Metall ist es daher, hier konsequent gegen zu steuern. „Wir haben verschiedene Angebote entwickelt, um Handlungsmöglichkeiten im Betrieb aufzuzeigen. Eines davon ist beispielsweise unser Seminar ‚Aktiv gegen Rechts‘“, erläutert Petra Wlecklik [mehr zum Seminar Seite 9]. „Es geht hier nicht nur darum, gegen rechte Aktivitäten etwas zu machen. Jeder



Einzelne kann dazu beitragen, dass das Thema Migration und Integration positiv und aktiv besetzt wird. Es ist gut zu wählen und Kandidaten aus den jeweiligen Wahlkreisen oder aus den Parteien nach Brüssel zu schicken und dann für die Belange aller ArbeitnehmerInnen europaweit einzusetzen. Eine Lobby für eine solidarische Beschäftigungs- und Migrationspolitik ist notwendiger denn je.“

Genau diesem Ziel hat sich die Ausländervertretung bei Volkswagen in Wolfsburg verschrieben. „Wir wollen die Kolleginnen und Kollegen aktiv dazu auffordern, zur Wahl zu gehen“, erklärt Carlo Viro von der Ausländer-

vertretung bei der Volkswagen AG.

„Wir haben schon mehrere Informationsveranstaltungen dazu durchgeführt. Da ging es um Grundsätzliches: Was ist das Europaparlament, wann hat alles begonnen, wie war die Entwicklung seitdem. Zum 21. März, dem UN-Tag gegen Rassismus, machen wir außerdem eine Veranstaltung zum Themenschwerpunkt Europawahlen mit verschiedenen Referentinnen und Referenten. Wir möchten die Kolleginnen und Kollegen motivieren, sich an der Wahl der deutschen Abgeordneten zu beteiligen.“ Hintergrund ist, dass die Abgeordneten für jeden Mitgliedstaat der Europäischen Union getrennt gewählt werden. EU-Bürger und -Bürgerinnen können entweder dort wählen, wo sie leben oder in ihrem Herkunftsland. Beispielsweise kann ein Italiener, der in Deutschland lebt, entweder in Italien oder in Deutschland wählen. „Allerdings ist das nicht so einfach, wie es klingt“, erläutert Carlo Viro. „Wer in Deutschland wählen möchte, muss in das örtliche Wählerverzeichnis zur Europawahl eingetragen sein. Das ist natürlich eine Hürde. Aber wir wollen die Kolleginnen und Kollegen trotzdem auffordern, sich zu beteiligen. Das ist wichtig, wie man zum Beispiel beim VW-Gesetz sieht, das auch Auswirkungen auf die Mitbestimmung hat. Wer aktiv mitbestimmen möchte, wohin die Politik in der Europäischen Union geht, sollte sich an der Wahl beteiligen. Nur so kann man Einfluss nehmen.“



lysen sind die deutschen Einbürgerungszahlen im internationalen Vergleich nach wie vor niedrig. Als kontraproduktiv für eine höhere Einbürgerungsbereitschaft wirkt sich insbesondere das Verlangen nach Aufgabe der bisherigen Staatsbürgerschaft (vor der Einbürgerung) und Nichttolerierung mehrfacher Staatsangehörigkeit in Bezug auf bestimmte Einwanderergruppen aus. Die grundsätzliche Tolerierung von Mehrstaatlichkeit erscheint nicht zuletzt vor dem Hintergrund der „Transnationalisierung der

politische Willensbildung einbezogen (z.B. durch Ausländerbeiräte, Integrationsräte), wobei eine Reihe von Kommunen (insbesondere in Nordrhein-Westfalen) mittlerweile ihre rechtlichen Handlungsspielräume optimal ausschöpfen. *Migrantenorganisationen* sind mittlerweile als Interessensvertreter, Kooperationspartner und Moderatoren anerkannt. Diesbezüglich hat sich in den letzten Jahren eindeutig ein Wandel vollzogen, der auch im Nationalen Integrationsplan seinen Niederschlag findet, wobei aber ein *kommunales Wahlrecht* für Zuwanderer aus Nicht-EU-Staaten *nicht in die Agenda aufgenommen* ist. Das *bürger-schaftliche Engagement* von Migrantinnen und Migranten fällt etwas geringer als bei der alteingesessenen Bevölkerung aus, was aber vor dem Hintergrund geringerer sozialer und politischer Einbindung nicht weiter verwundert. Bürgerschaftliches Engagement ist ohne Zweifel als ein Medium der politischen Partizipation zu begreifen. Allerdings bedarf es noch erheblicher Anstrengungen, um dem Konzept „Citizenship“ Geltung zu verschaffen und nicht zuletzt einer Anti-Diskriminierungspolitik. Die Ernsthaftigkeit der neuen Integrationspolitik wird sich nicht zuletzt daran erweisen, ob die noch liegen gebliebenen Aufgaben der Erweiterung politischer Partizipationschancen mit dem nötigen Nachdruck aufgegriffen werden. Das große Wahljahr 2009 bietet die Chance, diesen Sachverhalt auf die Agenda zu setzen.

Politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten

Dem Rechtsstatus von Zugewanderten kommt für die Chancen politischer Partizipation eine herausragende Bedeutung zu. Die vollen bürgerlichen, politischen, sozialen und kulturellen Rechte und Pflichten sind gebunden an die deutsche Staatsbürgerschaft, deren Erlangung mit der Neufassung des Staatsbürgerschaftsrechts (2000) erleichtert worden ist. Die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts und das Zuwanderungsgesetz (2005) haben überdies einen ersten Beitrag dazu geleistet, das Selbstverständnis der Bundesrepublik in Richtung einer politischen Gemeinschaft von Bürgerinnen und Bürgern zu erweitern. *Einbürgerungen* sind zweifellos als ein Beitrag zur Ermöglichung und Förderung politischer Partizipation zu betrachten. Nach neueren Ana-

sozialen Welt“ (Ludger Pries) begründet. Die Zentralität der deutschen *Staatsbürgerschaft* erscheint zwar unbestritten, jedoch ist die Perspektive zu erweitern um die Partizipation bei Wahlen, in Parteien, Vereinen/Verbänden und um die Dimension bürgerschaftlichen Engagements. Die neueren Ansätze zu einem (kommunalen) Integrationsmonitoring berücksichtigen diese Aspekte. Die politischen Partizipationsmöglichkeiten von Migrantinnen und Migranten ohne deutsche Staatsbürgerschaft (insbesondere aus Drittstaaten) sind deutlich eingeschränkt, da sie nicht über ein Wahlrecht verfügen, wengleich andere politische Freiheiten eingeräumt werden. Traditionell werden Migrantinnen und Migranten auf der *lokalen Ebene* beratend in die kommunale

Dr. Dieter Filsinger

Professor im Studiengang Soziale Arbeit und Pädagogik der Kindheit an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes



Änderungskündigung bei Leiharbeiter unwirksam

Eine Änderungskündigung ist unwirksam, wenn das Angebot des kündigenden Arbeitgebers unbestimmt ist. In seinem Urteil vom Januar 2009 betonte das Bundesarbeitsgericht, dass der Arbeitnehmer dem Änderungsangebot sicher entnehmen können muss, welcher Vertragsinhalt zukünftig maßgeblich sein soll.

In dem vorliegenden Fall war der Kläger in einem Zeitarbeitsunternehmen beschäftigt und wurde als Produktionshelfer ausgeliehen. 2005 kündigte das Zeitarbeitsunternehmen dem Kläger und bot ihm einen neuen Arbeitsvertrag an, der unter anderem eine Bezugnahme auf einen Tarifvertrag vorsah. Für den Fall, dass dieser Tarifvertrag „unwirksam wird“, sollte ein anderer Tarifvertrag gelten. Der Kläger nahm die angebotene Änderung unter Vorbehalt an und erhob Änderungschutzklage. Das Arbeitsgericht wies die Klage ab, das Landesarbeitsgericht gab ihr statt. Das Bundesarbeitsgericht schloss sich dem Landesarbeitsgericht an. Es musste nicht entscheiden, ob die Beklagte den Kläger nicht mehr dauerhaft zu den bisherigen Arbeitsvertragsbedingungen, d. h. den equal-treatment-Bedingungen, vermitteln konnte und ob die angebotenen geänderten Vertragsbedingungen verhältnismäßig waren. Es hielt die Änderungskündigung schon deshalb für unwirksam, weil das Änderungsangebot unklar war. Der Kläger konnte nicht erkennen, welche konkreten Arbeitsbedingungen für

ihn zukünftig gelten sollten.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 15. Januar 2009 - 2 AZR 641/07 -

Vorinstanz: LAG Baden-Württemberg, Urteil vom 12. April 2007 - 21 Sa 62/06

Visumpflicht für türkische Fernfahrer

Für Aufsehen hat Ende Februar ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes gesorgt. Dabei ging es um die Frage, ob türkische Fernfahrer für die Einreise nach Deutschland ein Visum benötigen, wenn sie für Dienste ihres türkischen Arbeitgebers Lastwagen eines deutschen Unternehmens fahren. Umstritten sind die Auswirkungen des Urteils: Während das Bundesinnenministerium gegenüber der Frankfurter Rundschau erklärte, dass in dem Urteil über einen Einzelfall entschieden worden sei, gehen einige Fachleute davon aus, dass die Visumsfreiheit grundsätzlich im Rahmen der Dienstleistungsfreiheit gelte. Demnach könnten türkische Staatsangehörige im Rahmen von Dienstleistungen ohne Visum einreisen. Anlass des Rechtsstreits war eine vom deutschen Generalkonsulat in der Türkei erfolgte Ablehnung von Visaanträgen für zwei türkische Fernfahrer. Insbesondere wegen des wiederholten finanziellen und zeitlichen Aufwands wäre ein zeitlich befristetes Visum eine Beeinträchtigung der Dienstleistungsfreiheit, entschieden die obersten EU-Richter.

Europäischer Gerichtshof C 228/06 (Soysal) vom 19.02.09

Hartz IV Regelsatz für Kinder ist verfassungswidrig

Die abgesenkten Regelleistungen für Kinder im SGB II erklärte das Bundessozialgericht in seinem Urteil vom 27.01.09 für verfassungswidrig. Demnach verstößt die Regelung gegen das Grundgesetz unter anderem deshalb, weil die Leistung festgesetzt wurde, ohne dass der für Kinder notwendige Betrag ermittelt wurde. In der Folge wird nun das Bundesverfassungsgericht eine Entscheidung treffen.

Bundessozialgericht, Urteil vom 27.01.2009 – AZ B 14/11b AS 09/07 und AZ B 14 AS 5/08R

Gewerkschaftswerbung per E-Mail erlaubt

Eine tarifzuständige Gewerkschaft darf sich an Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen über deren betriebliche E-Mail-Adressen mit Werbung und Informationen wenden, urteilte das Bundesarbeitsgericht im Januar 2009. Dies gelte auch dann, so das Gericht, wenn der Arbeitgeber den Gebrauch der E-Mail-Adressen zu privaten Zwecken untersagt hat. Das Gericht betonte, dass es Teil der im Grundgesetz geschützten Betätigungsfreiheit sei, Arbeitnehmer auf diesem Weg anzusprechen.

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 20. Januar 2009 1 AZR 515/08
Vorinstanz: Hessisches Landesarbeitsgericht, Urteil vom 30. April 2008 – SA 1724/07



Aktiv werden gegen Rechts!

„Sozial geht nur national“, titelte eine Kampagne der NPD im letzten Jahr. Aufmärsche zum 1. Mai, Globalisierungskritik oder die Forderung nach „Gleiche Löhne für gleiche Arbeit“ gehören inzwischen zum Handwerkszeug von Neonazis.

Zunehmend nutzen Neonazis linke Forderungen und versuchen, das Feld zu belegen. Gleichzeitig drängen sie in Demonstrationen von Gewerkschaften, greifen bewusst Abstiegs- und Verteilungsängste in der Bevölkerung auf. Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise spielt ihnen dabei in die Hände, denn sie bieten einfache Konzepte auf komplizierte Fragen: Schuldzuweisungen an Ausländer, Forderungen nach einer ‚nationalen‘ Volksgemeinschaft und die Stärkung des ‚nationalen Wirtschaftsraums‘. Doch wie kann auf die zunehmende Vereinnahmung von linken Positionen reagiert wer-

den? Diese Frage wurde Mitte Januar 2009 auf dem Seminar „Aktiv werden gegen Rechts!“, das gemeinsam vom Ressort Migration beim IG Metall-Vorstand und dem IG Metall Bildungszentrum Sprockhövel entwickelt wurde, beantwortet. „Als IG Metall müssen wir der Vereinnahmung unserer Positionen etwas entgegen setzen“, erklärt Petra Wlecklik vom Ressort Migration beim IG Metall Vorstand. „Wir

wollten mit dem Seminar eine Plattform für den Austausch bieten. Im November 2007 hat die IG Metall auf ihrem Gewerkschaftstag beschlossen, zielgerichtete Maßnahmen gegen faschistische Ideen umzusetzen. Das Seminar ist ein Teil davon.“



Entwickelt wurde das Konzept maßgeblich von Petra Wolfram, Pädagogische Mitarbeiterin vom IG Metall Bildungszentrum Sprockhövel. „Wir wollten ein übergreifendes Konzept entwickeln und die Erfahrungen aus den unterschiedlichen Bereichen, in denen wir tätig sind, einbinden“, so **Petra Wolfram**.



„Deswegen haben wir die Umsetzung in einem Fünfer-team vorgenommen. Petra Wlecklik vom IG Metall Vorstand stand mir bei der Konzeptentwicklung beratend zur Seite, an der Umsetzung des Konzeptes wirkten auch Sabine Hüther vom IG Metall Vorstand sowie meine beiden Kollegen vom IG Metall Bildungszentrum, Thomas Birg und Hüseyin Ucar, mit.“ Sabine Hüther vom IG Metall Vorstand ergänzt: „Das Seminarkon-

zept trägt somit auch der Nachfrage aus Verwaltungsstellen und Betrieben Rechnung, gewerkschaftliche Handlungsmöglichkeiten gegen rechtsextreme Entwicklungen vor Ort aufzuzeigen und zu unterstützen.“

Über 50 Interessierte hatten am Seminar teilgenommen. „Wir waren etwas überrascht von der großen Resonanz“, erklärt Thomas Birg, Pädagogischer Mitarbeiter im Bildungszentrum Sprockhövel. „Teilgenommen haben Kolleginnen und Kollegen aus Betriebsräten,

Schwerbehindertenvertretungen, Ausschüssen, gewerkschaftliche Vertrauensleute, Aktivisten aus antirassistischen Bündnissen vor Ort, Migrantinnen und Migranten – also eine sehr bunte Mischung. Und es hat sich gezeigt, wie wichtig der Austausch war.“ Er führt das große Interesse an dem Seminar auf die immer größer werdende Präsenz der Nazis zurück. „Neonazis knüpfen beispielsweise an der Globalisierungskritik an oder

an der Kritik am Sozialabbau. Dabei übernehmen sie vordergründig viele unserer Positionen. Das Problem ist dann, dass sich auf den ersten Blick nur schwer unterscheiden lässt, wo die Unterschiede liegen.“ Genau an dieser Stelle greift das Seminar-konzept an. Sechs Bausteine behandeln das Thema von unterschiedlichen Seiten: „Ankommen/Kennenlernen“, „Zusammenhang neoliberaler Politik, Ideologie und rechtes Denken“, „Rechte Politik unter der Lupe“, „Rechte Sprüche im Betrieb – wi(e)dersprechen lernen“, „Ratschläge zum Handeln gegen Rechts“ und „Rückblick und Ausblick“.

Eine Frage, die immer wieder auftaucht, ist die

Argumentationsfähigkeit. „Rechte Positionen bedeuten immer eine Entsolidarisierung“, gibt Petra Wolfram zu Bedenken. „Kernanliegen von Gewerkschaften ist es, solidarisch anzutreten. Nur gemeinsam können wir gegen unter-



nehmerische Willkür, knallharte Kostensenkung in Unternehmen, aber auch gegen eine Politik, die sich gegen Arbeitnehmer-Interessen wendet, vorgehen.“ Thomas Birg betont in diesem Zusammenhang die Möglichkeiten der betrieblichen Mitbestimmung: „Betriebsräte haben nach dem Betriebsverfassungsgesetz Mitbestimmungsmöglichkeiten. Sie haben danach auch den Auftrag, gegen Diskriminierung im Betrieb aktiv zu werden.“ Ähnlich sieht es **Mario Fontana**,

Betriebsrat bei der Bosch GmbH Homburg, der an dem Seminar teilgenommen hat: „Das Thema ist so komplex, dass man es ausweiten muss. Ich denke, es muss auch in die Grundlagenseminare hinein, denn aus dem Be-

„Der Betriebsrat hat folgende allgemeine Aufgaben:

7. die Integration ausländischer Arbeitnehmer in Betrieben sowie das Verständnis zwischen ihnen und den deutschen Arbeitnehmer zu fördern, sowie Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im Betrieb zu beantragen.“

§ 80 Betriebsverfassungsgesetz, Abs. 12, Nr. 7

etriebsverfassungsgesetz ergeben sich klare Aufträge und Möglichkeiten an die Betriebsräte. Aber auch für die Vertrauensleute ist es wichtig, die Thematik vor Augen zu haben.“ Da er selbst als Referent in solchen Seminaren arbeitet, weiß er wovon er redet: „Nicht alle Referenten können gut damit umgehen, wenn in Grundlagenseminaren rechte Argumente auftauchen. Zum Teil wird es übergangen oder tabuisiert. Deshalb ist gerade die Argumentationshilfe, die wir im Seminar bekommen haben, ein wichtiger Ansatzpunkt.“

„Wir wollten mit dem Seminar einen ersten Anstoß geben“, erklärt Thomas Birg. „Wir haben den Ablauf des Seminarskonzepts ‚Aktiv werden gegen Rechts‘ vorgestellt und die Teilnehmer und Teilnehmerinnen mit dem Konzept vertraut gemacht. Zum Abschluss haben wir dann noch in Workshops die Inhalte des Konzepts auf konkrete Projekte runtergebrochen.“ Das Seminar bot die Gelegenheit, Netzwerke zu bilden und andere Aktive kennen zu lernen. „Gerade der Austausch war uns wichtig“, erklärt **Hüseyin Ucar**,



Pädagogischer Mitarbeiter im IG Metall Bildungszentrum Sprockhövel. „Es geht um Ideenklau im positiven Sinne. Das Seminar sollte eine Austauschbörse von guten Ideen und Pro-

jekten sein. Die Schärfung der Sensibilität der Kolleginnen und Kollegen bei vermeintlich harmlosen Sprüchen aufzuhorchen und couragiert, argumentativ und respektvoll entgegen zu treten, ist uns ein Anliegen.

Breitenstreuung ist hier ein Stichwort. Und schon jetzt zeigt sich, dass der im Seminar angestoßene Erfahrungsaustausch weitergeht.“ In der IG Metall Verwaltungsstelle Homburg - Saarpfalz arbeitet Mario Fontana beispielsweise gerade an einer Kundgebung gegen einen Aufmarsch der Rechten zur Bombardierung der Stadt Zweibrücken mit. Es wurde

das ‚Bündnis buntes Zweibrücken‘ gegründet, in dem die Verwaltungsstelle vertreten ist. Außerdem entstehen derzeit eine Handlungshilfe und ein Leitfaden für Referenten und Referentinnen zum

Thema Rechtsextremismus. Fontana resümiert: „Wichtig ist, dass man dranbleibt am Thema, es darf nicht einschlafen. Da sind wir alle gefordert.“

Am 16.3.09 verabschiedete der Beirat der IG Metall eine Resolution zum NPD Parteitag im März 2009. (Nachzulesen im Extranet der IG Metall.)

Auszug aus der Resolution:

Die IGM fordert

- alle Städte auf, dem Beispiel der Stadt Erfurt zu folgen und der NPD keine Räume für ihren Parteitag zu gewähren;
- ihre Mitglieder auf, die lokalen Bündnisse zu unterstützen. In diesem Zusammenhang ist insbesondere das Thüringer Bündnis „**Alles muss man selber machen. NPD Parteitag verhindern! Egal wo.**“ zu nennen;
- die Bundesregierung auf, die Vorbereitungen für einen erneuten NPD Verbotsantrag vor dem Bundesverfassungsgericht zu verstärken.

Das 143-Seiten starke Seminarskonzept

„Aktiv werden gegen Rechts!

...für eine zukunftsfähige und solidarische Perspektive“ mit Arbeitsblättern, Lesetipps und Hinweisen zu weiteren Materialien kann im Extranet der IG Metall unter der Rubrik Rechtsextremismus heruntergeladen werden.

GEMEINSAM FÜR EIN GUTES LEBEN



Gib uns Deine Stimme! Kampagne für ein gutes Leben

Führst Du ein gutes Leben? Bist Du zufrieden mit Deinem Arbeitsplatz? Was ist Dir wichtig? Das und noch mehr will die IG Metall von Dir wissen. Mit der Kampagne „Gemeinsam für ein gutes Leben“ startet die IG Metall die größte Befragung, die sie je durchgeführt hat.

„Wir wollen wissen, was die Menschen bewegt. Was stellen sie sich unter einem guten Leben vor? Welche Kriterien sind ihnen wichtig?“, erläutert Sören Niemann-Findeisen, Gewerkschaftssekretär beim IG Metall Vorstand und zuständig für die Umfrage ‚Deine Stimme für ein gutes Leben!‘, den Hintergrund. „Wir wollen den Menschen eine Möglichkeit geben, sich öffentlich Gehör zu verschaffen.“ Auf einem zweiseitigen Fragebogen können Mitglieder und Nichtmitglieder mitteilen, was für sie als Grundlage für ein gutes Leben wichtig ist. Der Fragebogen umfasst an die dreißig Fragen zu Arbeitsplatz, Wirtschaft und Betrieb und zu Anforderungen an die Politik. „Wir wollen wissen, wie tragfähig unsere Konzepte sind. Wir werden die Ergebnisse der Befragung in unsere politischen Forderungen einfließen lassen. Aber wir wollen nicht nur anklagen und

die Politik auffordern, sondern natürlich selber was tun“, erklärt Sören Niemann-Findeisen. „Wir wollen alle Parteien und die Politik – die Politik als System – damit konfrontieren, wieder mehr die Bedürfnisse und Erwartungen der Menschen in den Blick zu nehmen, die in diesem Land leben und arbeiten. Das ist unserer Meinung nach aus dem Blickfeld geraten. Es muss wieder mehr darum gehen, den Bedürfnissen der normalen Menschen, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gerecht zu werden und nicht nur den Bedürfnissen der Shareholder und des Finanzkapitals.“

Fragebögen in verschiedenen Sprachen

Beteiligen an der Umfrage kann sich jeder, ob Mitglied oder Nichtmitglied. „An alle Verwaltungsstellen werden Fragebögen ausgeliefert, die von unseren Aktiven verteilt und wieder eingesammelt werden. Außerdem liegt in der April-Ausgabe unserer Mitgliederzeitschrift ‚metall‘ ein Fragebogen bei. Mit öffentlichen Aktionen werden wir dafür sorgen, dass auch andere Interessierte teilnehmen können“, führt Sören Niemann-Findeisen aus. Natürlich kann man auch online teilnehmen. Mit Beginn der Kampagne startet die Internetseite www.gutes-leben.de. Auf der Internetseite wird es den Fragebogen neben deutsch auch in mehreren Sprachen zum herunterladen und ausfüllen geben: in Russisch, Türkisch und Englisch. Für den Erfolg der Befragung ist aber die Unterstützung vor Ort entscheidend. Betriebsräten und Vertrauensleuten fällt dabei eine wichtige Rolle zu. Sie er-





in eigener Sache

halten für ihre Umfrage im Betrieb die Fragebögen ab Ende März in den Verwaltungsstellen. Außerdem finden sie dort Plakate, Infobroschüren und Stifte zur Kampagne. Mit dabei sind natürlich auch Wahlurnen, um die ausgefüllten Bögen sammeln zu können. Die betriebliche Befragung soll bereits Anfang Juli präsentiert werden. Um das möglich zu machen, soll die betriebliche Befragung bereits Mitte Mai abgeschlossen sein – das heißt, die Zeit drängt. „Unmittelbar vor der Bundestagswahl werden wir die Ergebnisse aus der Umfrage präsentieren und unsere Forderungen auf den Punkt bringen“, erklärt Sören Niemann-Findeisen. „Gerade im Hinblick auf die Wahl ist es wichtig deutlich zu machen, was die Menschen hierzulande bewegt und wir werden von der Politik einfordern, dass sie ihre Konzepte auf die Bedürfnisse der Menschen in Deutschland ausrichtet.“

Im Dialog bleiben

Mit der Umfrage soll der Meinungs austausch aber noch nicht zu Ende sein. „Gemeinsam für ein gutes Leben“ heißt auch, miteinander ins Gespräch zu kommen: im Betrieb, im Öffentlichen Raum und auch im Internet. „Jeder kann sich an diesem Dialog beteiligen“, betont Sören Niemann-Findeisen. „Wer Interesse daran hat, kann sich registrieren, um mit uns in Kontakt zu bleiben. Wir möchten allerdings nicht nur informieren, sondern eine Möglich-

keit der Beteiligung schaffen: Zum Fragebogen gehört eine Antwortkarte. Wer sie abschickt, wird regelmäßig per Post, E-Mail oder SMS über den Stand der Befragung und aktuelle Aktionen informiert. Jeder kann sich mit Wünschen, Kritik oder Anregungen an die IG Metall wenden, Antwort garantiert.“

Ein Euro für jeden ausgefüllten Fragebogen

Für jeden ausgefüllt zurückgesendeten Fragebogen erhält die Ver-

waltungsstelle einen Euro, der für ein soziales Projekt in ihrem Bereich eingesetzt werden kann. Damit unterstützt die Befragung nebenbei auch noch gute Aktivitäten vor Ort. Die Kampagne umfasst allerdings nicht nur die Umfrage. Das ganze Jahr über werden Aktionen dafür sorgen, dass das Thema auf der Agenda bleibt. Im April wird es einen Kongress „Junge Generation“ geben. „Außerdem wird es eine Roadshow geben. Der Truck kann von den Verwaltungsstellen angefordert werden und soll durch örtliche Teams aus Betriebsräten, Vertrauensleuten und Jugend- und Auszubildendenvertretungen unterstützt werden.

50.000 Menschen fordern: „Wir wollen ein gutes Leben“

Kurz vor der Bundestagswahl wird es am 5. September eine große Veranstaltung in der Frankfurter Fußballarena geben – 50.000 Menschen können daran teilnehmen und ihren Forderungen Nachdruck verleihen. Also: Den Termin schon mal dick im Kalender anstreichen und möglichst viele Kolleginnen und Kollegen für die Teilnahme gewinnen. Die Verwaltungsstellen organisieren den Busverkehr. Je mehr Menschen kommen, desto stärker können sie fordern: „Wir wollen ein gutes Leben!“

Der Fragebogen und eine Broschüre zur Kampagne findet sich auf der Internetseite „Deine Stimme für ein gutes Leben“, www.gutes-leben.de

Wir fragen Dich:

Was
muss sich
ändern?



Sag' es!
www.gutes-leben.de

GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN 



Erfolgreicher am Arbeitsmarkt



Wer als Ausländer oder Ausländerin die deutsche Staatsangehörigkeit annimmt, ist, einem Bericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zufolge besser in den Arbeitsmarkt eingebunden als nicht Eingebürgerte.

Hintergrund ist, dass Eingebürgerte zu meist einen höheren schulischen Abschluss vorweisen können und die Eingliederung in den Arbeitsmarkt dadurch erleichtert wird. Festgestellt wurde aber auch: Selbst bei gleichen Ausbildungsabschlüssen haben Migrantinnen schlechtere Arbeitsmarktchancen als Deutsche. Junge Türken und Türkinnen sind besonders benachteiligt. Die besondere Benachteiligung türkischer Staatsangehöriger lasse sich nur teilweise auf niedrigere oder fehlende Schulabschlüsse zurückführen, so IAB-Forscher Seibert. Die IAB-Studie ist im Internet herunterladbar unter <http://doku.iab.de/kurzber/2008/kb17o8.pdf>.

Preiswerte Rücküberweisungen



Mit Unterstützung des Bundesministeriums für Entwicklung wurde ein In-

ternetportal eröffnet, das Überweisungskosten in die Herkunftsländer verringern soll. Bislang werden für Überweisungen in die Herkunftsländer oftmals sehr hohe Gebühren verlangt. Die Internetseite vergleicht verschiedene Tarife von vierzig Anbietern und zeigt zudem die Dauer der Überweisung an. Unnötig hohe Kosten sollen so vermieden werden. Rücküberweisungen stellen einen wesentlichen Wirtschaftsfaktor dar. Nach UNO-Schätzungen übersteigen die Gelder, die Migrantinnen und Migranten in ihre Herkunftsländer senden, weltweit die sogenannte Entwicklungshilfe.

www.geldtransfair.de

Soziale Herkunft – Zukunftschancen

Die soziale Herkunft ist mitentscheidend, welchen Bildungsabschluss Jugendliche anstreben und welche Zukunftschancen ihnen damit offenstehen. So das Fazit einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Die Studie weist darauf hin, dass sich Armut über die Generationen hinweg dadurch verfestigen könne, dass Abstriche bei der Schulausbildung gemacht werden. Damit gehen geringere Arbeitsmarktchancen einher. Dabei erwies sich aber nicht die Arbeitslosigkeit von Eltern als entscheidend, sondern ihr Bildungsabschluss. Es sei zu befürchten, so die Studie, dass sich soziale Ungleichheiten über Generationen hinweg stabilisieren. Die IAB Untersuchung ist herunterladbar unter <http://doku.iab.de/discussionpapers/2008/dp42o8.pdf>

Keine Entwarnung bei Diskriminierung



Die meisten Europäer haben den Eindruck, dass Diskriminierung in ihrem Land weit verbreitet ist. Dies ergab eine in der EU durchgeführte Eurobarometer-Umfrage, die Veränderungen von Wahrnehmungen und Einstellungen nach Abschluss des Jahres zur Chancengleichheit 2007 feststellen sollte. Nach der Studie wird Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft (62 %) als die häufigste Form der Ungleichbehandlung in der EU angesehen, gefolgt von Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung (51 %) und einer Behinderung (45 %). 15 % der Befragten geben an, im Zwölfmonatszeitraum vor der Umfrage diskriminiert worden zu sein, wobei die häufigste Form Altersdiskriminierung ist. 29 % geben an, im selben Zeitraum die Diskriminierung einer anderen Person beobachtet zu haben. Die Studie kann heruntergeladen werden unter:

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb_special_en.htm#296

Erfolgreiche Frauen...



... mit Migrationshintergrund

Vorbildhafte Erfolgsbiographien von Frauen mit Migrationshintergrund stellt ein Forschungsprojekt des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) unter dem Titel „Erfolgsbiographien von Migrantinnen“ vor. Die Erfolgsbiographien sollen einerseits Frauen mit Zuwanderungsgeschichte ermutigen, neue Wege zu gehen, und andererseits auch die Aufnahmegesellschaft auf die Potenziale dieser Frauen aufmerksam machen, betonte der Präsident des Bundesamtes, Dr. Albert Schmid, anlässlich der Veröffentlichung der Forschungsergebnisse.

Die aus zwei Teilen bestehende Studie zeigt, dass vor allem eine Unterstützung durch die Familie und Förderer in Schule, aber auch Ausbildung und Arbeitswelt sowie ausreichende Deutschkenntnisse entscheidende Faktoren sind, die eine berufliche Karriere begünstigen. Die beiden Studien zum herunterladen unter:

www.bamf.de

Mitmachen – Woche der Weiterbildung

Die Krise trifft alle, aber nicht alle gleich. Die Weiterbildungsquote ist bei Migrantinnen und Migranten sehr gering. Ein Grund für das Projekt Pro Qualifizierung und IQ-Consult zur Woche der Weiterbildung vom 25.-31. Mai 2009 aufzurufen. www.pro-qualifizierung.de

Zielgruppenspezifische Angebote der IG Metall:

BR/VL Specials

„Kurzarbeit nutzen-Qualifizieren statt entlassen!“

27.5.09 SX 52209 in Sprockhövel und

28.5.09 in Bad Orb (noch keine Nummer)



Deine Meinung zählt - schreib uns,

was du zu sagen hast! Zu einem der hier behandelten Themen oder zu einer Sache, die dir unter den Nägeln brennt. Schreib uns deine Meinung zur **IGMigration** – per E-mail: ig-migration@igmetall.de

oder mit der Post an:

IG Metall Vorstand, Ressort Migration

Wilhelm-Leuschner-Str. 79

60329 Frankfurt am Main

Mitglied werden – so geht's:

Beitrittserklärung Änderungsmitteilung

Name <input type="text"/>		Vorname <input type="text"/>	
Straße/Hausnummer <input type="text"/>			
Postleitzahl/Wohnort <input type="text"/>			
Telefon <input type="text"/>		Geburtsdatum <input type="text"/>	
E-Mail <input type="text"/>			
Betrieb: Name und Ort <input type="text"/>			
<input type="radio"/> z. Zt. vollbeschäftigt	<input type="radio"/> teilzeitbeschäftigt	<input type="radio"/> männlich	<input type="radio"/> weiblich
<input type="radio"/> Auszubildende/r bis voraussichtlich: <input type="text"/>			
<input type="radio"/> gewerbl. Arbeitnehmer/in	<input type="radio"/> Angestellte/r	<input type="radio"/> kaufm.	<input type="radio"/> techn. <input type="radio"/> Meister
Nationalität <input type="text"/>		Änderung des bisherigen Status <input type="text"/>	
Mitgliedsbeitrag (1% des monat. Bruttoverdienstes)		ab Monat <input type="text"/>	
geworben durch (Name und Betrieb) <input type="text"/>			

Bitte abgeben bei IG Metall-Betriebsräten/-Vertrauensleuten, der IG Metall-Verwaltungsstelle, oder schicken an: IG Metall-Vorstand, FB Kommunikation und Medien, Ressort Werbung, 60519 Frankfurt/Main

Mitgliedsnummer Verwaltungsstelle

Einzugsermächtigung/Bankverbindung

Kto.Nr. <input type="text"/>	Bankleitzahl <input type="text"/>
Name des Kreditinstituts <input type="text"/>	
in PLZ <input type="text"/>	Ort <input type="text"/>

Ich bestätige die erfassten Daten über meine Person sowie den Grund (Zugangsart) für die Eintragung dieser Daten. Ich bin hiermit darüber informiert, dass die IG Metall zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben personenbezogene Angaben über mich mit Hilfe von Computern (automatisiert) verarbeitet. Die für den Beitragseinzug nötigen Daten werden zwischen der IG Metall und dem Geldinstitut – bei Lohnabzug mit dem Arbeitgeber – ausgetauscht (übermittelt). Die Verwaltungsstelle informiert mich auf Wunsch über alle gespeicherten Daten. Hiermit ermächtige ich widerruflich die IG Metall, den jeweils von mir nach § 5 der Satzung zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag von 1% des monatlichen Bruttoverdienstes bei Fälligkeit einzuziehen. Diese Ermächtigung erstreckt sich im Rahmen der von dem Ortsvorstand der IG Metall festgelegten Kassierungsart (§ 5 Ziff. 5 Satz 3 der Satzung) sowohl auf den Abruf von meinem Bankkonto, als auch auf den Einbehalt des Beitrags durch meinen Arbeitgeber in der jeweiligen Höhe. Dies schließt die Weitergabe der entsprechenden Daten an die IG Metall ein. Dieser Auftrag kann nur schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Quartalsende bei der Verwaltungsstelle der IG Metall rückgängig gemacht werden. Alle Änderungen oder Unstimmigkeiten, die sich aus diesem Auftrag ergeben, kann ich nur bei der Verwaltungsstelle der IG Metall regeln. Die vorstehenden Daten werden zum Zweck der Mitgliederbetreuung von der IG Metall erhoben und unter Beachtung des BDSG verarbeitet. Weitere Empfänger dieser Daten sind die Service-Center der IG Metall. Den vorstehenden Hinweis zum Datenschutz habe ich zur Kenntnis genommen.

Datum und Unterschrift

Wer Mitglied werden will, kann am Arbeitsplatz IG-Metall Vertrauensleute oder andere Kolleginnen und Kollegen ansprechen, die der IG Metall angehören.

Informationen im Internet:
www.igmetall.de
 per Telefon: 069/6693-2578
 per E-Mail: mitglieder@igmetall.de



zu guter letzt...



Ausschnitt aus dem Booklet zur CD
„SCHLAUER STATT RECHTS“ *

Aktiv werden gegen Rechts!

Stellenabbau, Kurzarbeit, Schließung von Traditionsfirmen – die aktuelle Krise führt bei vielen Menschen zu Ängsten. Ängste, die Neonazis zunehmend für sich ausnutzen. „Deutsche, kauft deutsche Produkte!“ fordert etwa die NPD aktuell auf ihrer Internetseite Bürgerinnen und Bürger auf. Kritik am Abbau des Sozialstaates wird mit Forderungen nach einer ‚nationalen‘ Volksgemeinschaft und der Stärkung des ‚nationalen‘ Wirtschaftsraumes verbunden. Die Ursachen von Krisen werden verschleiert und ökonomische und soziale Konflikte in ethnische und kulturelle Auseinandersetzungen umgedeutet.

Betriebsräte haben nach dem Betriebsverfassungsgesetz die Aufga-

be Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Betrieben aktiv zu bekämpfen. Wie also kann ein Betriebsrat der zunehmenden Vereinnahmung sozialer Themen durch Rechtspopulisten entgegen wirken? Das Betriebsräte-Forum „Aktiv werden gegen Rechts!“ bietet Möglichkeiten zum Austausch und praktischem Handeln.

Seminar

Aktiv werden gegen Rechts!
Wie kann man in Krisenzeiten rechtspopulistischen Kampagnen in den Betrieben begegnen?

7. und 8. Mai 2009

Ort: IG Metall Bildungszentrum,
Sprockhövel

Anmeldungen zum Seminar nimmt die zuständige IG Metall Verwaltungsstelle unter der Seminarnummer VBo300809 entgegen.

* „SCHLAUER STATT RECHTS“ Musik als Sprachrohr

Musikalische Auseinandersetzung mit Rechtstextremismus

(Pädagogisches Material zum Thema „Rechtstextremismus und Musik“ für Lehrkräfte und Aktive in der Bildungsarbeit)

www.schlauer-statt-rechts.de
info@schlauer-statt-rechts.de

Kontakt: DGB Jugend NRW
Friedrich-Ebert-Str. 34-38,
40210 Düsseldorf